

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

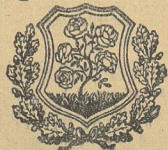
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.

Besitzungen nehmen alle Postämter und die Zeitträger, die Zeitungsboten und die Geschäftshäuser entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsführung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amthliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Milli-  
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer-  
halb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im  
amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil  
30 Goldpfennig, einseit. Umkleheuer. Schwieriger  
und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigen-Nachnahme bis Dienstag, Donnerstag  
und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen  
größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 61.

Sonnabend, den 21. Mai 1932.

35. Jahrg.

## Die neue Beschäftigtensteuer — Reichstags-Einberufung abgelehnt

Krisensteuer bleibt in der alten Form — Daneben Beschäftigtensteuer auch für die Beamten  
Unterstützungsdauer bei der Arbeitslosen-Versicherung herabgesetzt

### Vor den neuen Notverordnungen.

Das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Die Beratungen der Reichsregierung über das Finanz- und Wirtschaftsprogramm, das demnächst durch Notverordnungen in die Tat umgesetzt werden soll, gehen jetzt dem Ende entgegen. Im Reichsfinanzministerium und im Reichsarbeitsministerium hat bereits die Ausarbeitung der Vorlagen begonnen, deren Grundzüge das Reichskabinett in seinen Beschlüssen über das Finanz- und Sozialprogramm gebilligt hat.

Die Verlängerung der Krisensteuer, die bis zum 31. Dezember befristet war und bis 31. März 1933 verlängert wird, soll einen Mehrertrag von 45 Millionen Mark erbringen. Da dieser Betrag zur Deckung der Kosten der Arbeitslosenversicherung nicht ausreicht, kommt die Beschäftigtensteuer, die ebenfalls über die Krisensteuer hinaus, also auch die Beamten umfassen soll, die bisher von der Krisensteuer befreit waren. Die Beschäftigtensteuer wird im Durchschnitt 1 1/2 Prozent des Einkommens betragen. Um ihren besonderen Charakter als einer Einkommensteuer für soziale Unterstützungszwecke beizubehalten, wird die Erhebung eventuell über die Krankenkassen vorgenommen werden. Der Ertrag der Beschäftigtensteuer für Zwecke der Arbeitslosenversicherung wird auf 300 Millionen Mark geschätzt.

### Die Änderung der Arbeitslosenversicherung.

Die Auswirkungen der von der Reichsregierung beschlossenen Verlängerung der Arbeitslosenversicherungsdauer werden voraussichtlich darin liegen, daß die Erwerbslosen in Zukunft statt nach 20 Wochen bereits nach 13 oder 16 Wochen der Arbeitslosenversicherung zugewiesen werden, was dann für sie eine Verlängerung der Leistungen, nämlich den Betrag der Krisenunterstützungszwecke bedeutet. Für die daraus erfließende höhere Belastung der Gemeinden sind Sonderzuweisungen an die Gemeinden beabsichtigt. In welcher Form das geschehen wird, steht noch nicht fest. Es besteht die Möglichkeit, daß die Beiträge des Reichs und der Gemeinden zur Arbeitslosenversicherung, die jetzt vier Fünftel bzw. ein Fünftel betragen, anders aufgeteilt werden, oder daß man den Gemeinden eine bestimmte Zuweisung aus Reichsmitteln gibt. Die Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung werden aller Wahrscheinlichkeit nach nicht weiter abgemindert.

Bei der Verzahnung der Beamten zur Krisensteuer handelt es sich um eine neue Belastung der Beamtenenschaft, da die bisher vorgenommenen Gehaltskürzungen in vollem Umfang aufrechterhalten werden. Mit den Fragen der Invalidität, Unfall- und Invaliditätsversicherung wird sich das Reichskabinett erst am Sonnabend befassen. Die Frage der Prämienanleihe hat bei den letzten Beratungen im Kabinett noch keine Rolle gespielt. Es ist noch vollkommen offen, ob das Kabinett die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums wegen der Finanzierung der Arbeitsbeschaffungspläne annehmen wird.

### Ein Protest der Oberen Beamten.

Der Reichsbund der Oberen Beamten hat an den Reichsanwalt ein Telegramm geschickt, in dem zu den Gerichten über bevorstehende Beamtengehaltssenkungen erklärt wird, daß solche Absichten der Reichsregierung in unvereinbarem Widerspruch mit ihren vor den Wahlen abgegebenen Erklärungen stehen würden und die Regierung unter der Beamtenenschaft in einer Weise steigern, die ernste Befürchtungen rechtfertige.

### Wieder Ablehnung der Reichstags-Einberufung.

Die von der deutschnationalen Reichstagsfraktion für den 24. Mai beantragte Einberufung des Reichstages ist, obwohl sie von den Nationalsozialisten und den Kommunisten unterstützt wurde, vom Reichstagspräsidenten wiederum abgelehnt worden. Der Reichstagspräsident bleibt bei der Auffassung, daß Artikel 24 der Reichsver-

fassung keine Anwendung finden kann, weil der Tagungsabschnitt des Reichstages nicht geschlossen, sondern der Reichstag nur verlagert worden ist.

Nach Artikel 24 muß der Reichstag einberufen werden, wenn ein Drittel sämtlicher Abgeordneter es verlangt. Die jetzigen Antragsteller bilden zwar ein Drittel des Reichstages, aber nicht die Mehrheit, die nach Auffassung des Reichstagspräsidenten für die Einberufung erforderlich ist.

Nationalsozialisten und Deutschnationalen beschäftigten, den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzurufen, um eine Entscheidung in dieser Frage herbeizuführen. Eine solche Entscheidung ist jedoch kaum vor dem 6. Juni, an dem der Reichstag wieder zusammentritt, möglich.

### Die Arbeiten des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett setzte seine Beratungen über die Finanz-, Wirtschafts- und sozialen Fragen weiter fort. Die Beratungen wurden nach kurzer Zeit abgebrochen, um am Freitagabend fortgesetzt zu werden. In unterrichtlichen Kreisen rechnet man nunmehr damit, daß die Gesamtberatungen des Reichskabinetts Mitte bis Ende der nächsten Woche abgeschlossen sind, da nach der Vereinbarung der mit den sozialen Haushalten zusammenhängenden Fragen die Klärung der weiteren Fragen des Reichshaushalts und der Arbeitsbeschaffung verhältnismäßig schnell vorantreiben gehen dürfte.

Es dürfte nunmehr feststehen, daß eine Vereinheitlichung der Arbeitslosenversicherung nicht erfolgt, sondern lediglich eine gewisse Angleichung der Arbeitslosenversicherung. Es dürfte sich bei beiden die Notwendigkeit herausgestellt haben, die

### Unterstützungsdauer zu verkürzen.

Es scheint an einer Herabsetzung der Unterstützungsdauer auf je 16, nach anderer Ansicht auf je 13 Wochen, gebacht zu sein.

Zum Ausgleich der Selbstbeträge in den Gemeindehaushalten dürfte man weiter an die Verbilligung der Bürgerkassen denken, um die Unterstützung der Volkshauswirtschaften sicherzustellen. An weiteren Maßnahmen zur Ausgliederung der Sozialhaushalte dürfte an eine Kürzung der Invalidenrenten und an eine Einbeziehung sämtlicher Festbesoldung, also auch der Beamten, in die Krisensteuer gedacht sein.

Eine Entscheidung ist jedoch in allen diesen Fragen noch nicht gefallen. Jetzt steht lediglich die Einführung der Bedürftigenprüfung für die Arbeitslosenversicherung und die Krisensteuerfrage abgelehnt worden ist.

Nach Abschluß der Kabinettsberatungen wird der Reichsanwalt dem Reichspräsidenten Bericht erstatten. Bis zu diesem Zeitpunkt sind anheimdenkend alle Verordnungsfragen des Kabinetts verlagert. Man rechnet damit, daß das Reichswehrministerium förmlich mit General von Sclitke und das Reichsfinanzministerium förmlich mit Dr. Goebel beauftragt wird. Es scheint nicht ausgeschlossen zu sein, daß alle weiteren Fragen der Kabinettsbildung bis nach Abschluß der Konferenz von Lausanne verlagert werden.

### Tagung der Preußenfraktion der NSDAP.

In Anwesenheit Hitlers.

Als erste der fünf Fraktionen des Preussischen Landtages versammelte sich die nationalsozialistische Fraktion. Sie war fast in ihrer vollen Stärke von 162 Mitgliedern erschienen. Nach Entgegennahme der Anwesenheitsliste begab sich die Fraktion nach einem der nahe gelegenen Hotel, in dem der Parteiführer Adolf Hitler zu tagen. Sclitke erschien in Begleitung des Fraktionsführers Dr. Kube sowie der Reichstagsabgeordneten Dr. Goebels und Goering. Er gab der Fraktion die politischen Richtlinien für die nächste Zeit bekannt. Sitzungen der übrigen Fraktionen folgen in den nächsten Tagen. Das Zentrum hat vorläufig gleich drei nacheinander folgende Sitzungen anberaumt.

Die Nationalsozialisten werden mit allen Mitteln versuchen, die Wahl ihres Kandidaten Herr J. zum Landtagspräsidenten durchzusetzen. Er ist Justizoberrentmeister und gehört schon seit 1928 dem Landtage an; besonders rühmend wird ihm nachgesagt, daß er als einziger der alten nationalsozialistischen Abgeordneten noch nie einen Erbnungsstich erhalten hat.

Dem „Mariff“ zufolge äußerte sich der Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, Abg. Kube, im „Nationalsozialistischen Preussischen Presseblatt“ über die dringenden Aufgaben des neuen Preussischen Landtages folgendermaßen: „Der neue Landtag hat außerordentlich bedeutende Aufgaben zu lösen. Im Vordergrund steht nicht — wie man es von gewisser Seite nachsehen will — die Regelung der preussischen Finanzen, sondern die Regelung des deutschen Meeres in Preußen und die Säuberung der Verwaltung und der Polizei sowie der Schule von unangehörigen Elementen.“ Wir wollen dem Zentrum endlich einmal die Larve vom Gesicht reißen bezüglich seines so genannten Reichsgesells. Die Herren haben seit dem 24. April angesichts der veränderten politischen Lage in Preußen nichts von sich hören lassen; sie wollen also mit der Sozialdemokratie des Herrn Wellmann weiterregieren. Jetzt werden wir, von uns hören lassen!“

### Der parteiamtliche Bericht über die Fraktionsführung der NSDAP.

Über die Sitzung der neuen preussischen Landtagsfraktion der NSDAP, gibt die nationalsozialistische Parteikorrespondenz einen Bericht heraus, in dem es u. a. heißt: „Adolf Hitler ging auf die aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik ein und führte dann u. a. aus: Die nationalsozialistische Bewegung hat nicht 13 Jahre gekämpft, um die Politik des heutigen Deutschlands in irgendwelchen Koalitionen fortzuführen. Sie ist sich der Verantwortung vor ihren 13 Millionen Wählern bewußt, deren Willen es ist, daß es anders wird. Der Kampf wird nicht geführt, um Ministerposten zu besetzen oder um jeden Preis in eine Regierung einzutreten. Gegenüber den guten Vorschlägen unserer parteipolitischen Gegner ist zu sagen, daß wir eine Instanz zur Prüfung unserer Regierungswürdigkeit in Deutschland außer uns selbst nicht anerkennen.“

An dem Bericht heißt es weiter, die NSDAP, wird ihre Politik nur von eisernen Überlegungen leiten lassen. Die Hoffnung unserer Gegner, daß wir die Herren verlieren würden, ist trügerisch.

Erster Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden Kube ist Abgeordneter Bohje, zweiter Stellvertreter Abgeordneter Haale. Die Geschäftsführung der Fraktion liegt in den Händen des Abgeordneten Hinlert-Salle. Dem Vorstand der Fraktion gehören als Mitglieder der Reichsleitung der NSDAP, Oberrentmeister A. D. Schulz an. Die nächste Fraktionssitzung ist auf den 24. Mai anberaumt worden.

### Hitlers Richtlinien für Preußen.

Die Richtlinien, die der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, über die nationalsozialistische Politik vor den Mitgliedern der neuen Landtagsfraktion in Preußen bekanntgab, haben in der politischen Öffentlichkeit höchste Beachtung gefunden. Die Germania, das Berliner Blatt der Zentrumspartei, die ja vor allem für die Fraktion in Frage kommt, erntet diesen Richtlinien, daß die nationalsozialistische Bewegung offenbar nicht gewillt sei, in irgendeine Regierungskoalition einzutreten. Wenn die NSDAP eine Koalition nicht eingehen wolle, dann werde sie allein die Verantwortung für diese Schlußfolgerung, die sie aus der Wahl vom 24. April zieht, zu tragen haben. Das Zentrum könne getrost weiter abwarten.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung, die oft über die Stimmung in nationalsozialistischen Kreisen oft informiert ist, meint, daß eine sorgfältige Prüfung der Stillerede in ihrer parteiunabhängigen Fassung zeige, daß eine Auslegung über das Ziel hinausginge, daß in ihr eine grundsätzliche Absage zu jeglicher Kooperationsmöglichkeit ausgesprochen worden sei. Der offizielle Bericht der NSDAP mit den Erklärungen, die bei der Übermittlung durch die Nachrichtenagenturen nachteilig, nicht so, wie man das Wort — deutlich, daß die Absage sich nicht in einer Linie gegen Koalitionen schlechthin richtet, sondern gegen die Fortsetzung der bisherigen Politik in irgendwelchen Koalitionen. Ebenso wird hervorgehoben, daß nicht ein Regierungsmitglied „um jeden Preis“ eritreit wird.

Darans geht hervor, daß die Nationalsozialisten bestimmte Forderungen anmelden werden, um eine Abkehr von der bisherigen Politik und die Sicherstellung bestimmter anderer Schritte herbeizuführen.

### Regierung Braun tritt bei Zusammentritt des Preussischen Landtages zurück.

Von zukünftiger preussischer Seite wird erklärt, daß die Regierung Braun an der bereits Ende April amtlich bekanntgegebenen Absicht, bei Zusammentritt des neuen Landtages zurückzutreten, nichts geändert habe.

### Schlechte Aussichten für Lausanne.

Trotz seines Entschlusses, bis zur Regierungsveränderung nur laufende Angelegenheiten zu erledigen, führt Lausanne die diplomatische Weisung, die bei der Vorbereitung der Lausanner Konferenz, der Versuch einer Annäherung zwischen der französischen und englischen Auffassung über die Tribute herbeizuführen. Auf welcher Grundlage diese Annäherungsversuche geführt werden, kann man aus einer halbamtlichen französischen Meldung über die Verhandlungsmöglichkeiten auf der kommenden Lausanner Konferenz ersehen. Diese werden folgendermaßen umrissen:

Ein Moratorium sämtlicher politischer Schulden, d. h. Reparationen und interalliierte Schulden. Entgegen den mutmaßlichen deutschen Forderungen werde man auf einen Moratorium und nicht auf die Annulierung beschränken, um für die Zukunft eine Verregelung vorzubehalten und gleichzeitig die Vorschläge des Vizeleitsachverständigen-Ansatzes zu berücksichtigen. Ein Teil der amerikanischen Einwände könnte gerätet und gleichzeitig eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werden, wenn die an der Lausanner Konferenz beteiligten Mächte von sich aus und ohne das Ende der Abrüstungskonferenz abzuwarten, beschließen würden, freiwillig ihre Rüstungsanlagen in die Hände der Alliierten zu übergeben und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Europa durchzuführen und insbesondere die Donaufaustan vor dem Zusammenbruch zu retten, solle versucht werden, den französischen Vorschlag für den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Donaufaustan wieder aufzunehmen. Der Plan solle besonders durch eine Reihe von Vorarbeiten erweitert werden, aus denen Frankreich, Polen, Deutschland und Italien Nutzen zögen.

Die Kritik Ablehnung der deutschen Forderung auf Streichung der Reparationen, die erneut aus dieser halbamtlichen französischen Verlautbarung spricht, lassen die Aussichten der Lausanner Konferenz wenig hoffnungsvoll erscheinen, denn nach den letzten Ausserungen der Briten dürfte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß er die Reparationspolitik Tardieu's fortsetzen wird. Für Reichskanzler Brüning aber ist es heute mehr als je unmöglich, eine Verlängerung des Moratoriums und eine spätere Wiederaufnahme der Zahlungen selbst in geringer Höhe anzunehmen. Auch in London ist man sich darüber klar, daß die Fortsetzung der späteren Wiederaufnahme der Tributzahlungen eine Vereinfachung der Kriegsschuldenfrage verhindern würde. Es ist aber sehr fraglich, ob es England gelingen wird, in Lausanne seinen Standpunkt durchzusetzen und damit im eigenen Interesse Deutschland Schuldendienste zu leisten. In amerikanischen Regierungskreisen sieht man gleichfalls einen Erfolg in Lausanne sehr skeptisch gegenüber. Die vorherrschende Ansicht in Washington ist, daß die Lausanner Konferenz die Unmöglichkeit, die Schuldzahlungen fortzusetzen, feststellen, aber doch keinerlei Neuregelung für die Zahlungen finden wird. Man hält es für wahrscheinlich, daß die am 15. Juli fälligen Zahlungen irgendwelcher Art mit den Vereinigten Staaten vorgehalten wird.

Es hat also den Anschein, als ob die Lausanner Konferenz das Schicksal ihrer zahlreichen Vorgängerinnen teilen und resultatlos verlaufen wird. Die wirtschaftlichen und innenpolitischen Auswirkungen einer gescheiterten Konferenz für Deutschland sind allerdings nicht abzusehen.

### Herriot hat noch nicht gesprochen.

Die halbamtliche französische Nachrichtenagentur Soudas veröffentlicht eine Erklärung Herriots, in der er gewisse Darlegungen über die mutmaßliche Einstellung der neuen Regierung gegenüber den großen außenpolitischen Fragen wie Reparationen und Abrüstung aufschärft. Dieses Dementi richtet sich mit großer Wahrscheinlichkeit gegen die angeblichen Erklärungen Herriots, aus denen herausgesehen wurde, daß er noch sehr viel unangenehm sei als Spanien und Irland und daß die Lösung der internationalen Fragen unter seiner Regierung fast unmöglich würde.

London ist pessimistisch.

Die Londoner Kreisläufe beurteilen zum größten Teil die Aussichten für einen Erfolg der Lausanner Konferenz ziemlich pessimistisch. Es gebe wenig Leute, die noch daran glauben, daß Englands Politik der Streichung der Reparationen und Kriegsschulden sich in Lausanne durchsetzen werde. Frankreich habe bisher kein Zeichen einer Änderung seiner Reparationspolitik gegeben.

### Amerika und Lausanne.

Der Standpunkt der amerikanischen Regierung zur bevorstehenden Lausanner Konferenz ist nach amerikanischen Meldungen unüberbärt. Die vorherrschende Ansicht ist, daß die Konferenz staunenswert die Unmöglichkeit, die Schuldzahlungen fortzusetzen, feststellen, aber auch

keinerlei Neuregelung für die Zahlungen finden wird. Man hält es für wahrscheinlich, daß die am 15. Juli fälligen Zahlungen irgendwelcher Art mit den Vereinigten Staaten vorgehalten wird.

Man beharrt in unterrichteten Kreisen die Mittelungen über angebliche Absichten der Vereinigten Staaten in der Schuldfrage auf das feststehe, weil durch die Weitergabe derartiger Gerüchte eine etwaige Schenkung in der Haltung der amerikanischen Regierung nur erschwert wird.

### Die Sicherheit der entwaffneten Staaten.

Gleichberechtigung in den Rüstungen.

Im Seereisensitz der Abrüstungskonferenz gab der deutsche Vertreter von Weizsäcker, eine Erklärung zur Entgegnung auf die Ausführungen des französischen Vertreters Aubert ab. Der deutsche Vertreter betonte, daß die Sicherheit unter den gegenwärtigen Verhältnissen bereits völlig kompromittiert sei. Gerade die Aufgabe der Abrüstungskonferenz wäre es, die Sicherheit wiederherzustellen. Die Saupfrage sei jetzt für die Konferenz, eine Gleichheit der Sicherheit für alle Staaten herbeizuführen.

Nach der Erklärung des deutschen Vertreters kam es zu einem Zitat am 10. Juli zwischen den Vertretern Frankreichs und Ungarns. Der ungarische Vertreter warf die Frage auf, wie es nach den Ausserungen Auberts mit den entwaffneten Staaten stände. Nach französischer Auffassung müsse man diesen Staaten jetzt die gleichen Waffen genehmigen, die die anderen Staaten jetzt für sich mit der Begründung der Verteidigungsnötwendigkeit sichern wollten. Der französische Vertreter erklärte dagegen, diese Frage sei hindernis in den französischen Vorschlägen auf Internationalisierung aller Rüstungen geklärt. Der ungarische Vertreter entgegnete darauf, er ziehe es vor, die Waffen zur Verteidigung im eigenen Lande zu haben, für den Fall, daß sein Land angegriffen würde.

### Osterreich um Scheidewege.

Zwischen geistlichem Menschenverstand und französischen Reaktionen.

Für eine deutsch-österreichische Zollunion und gegen die Gewährung weiterer finanzieller Unterstützungen für Osterreich spricht sich eine führende englische Zeitung aus. Osterreich könne nicht mehr lange als unabhängiger Staat weiterbestehen. Es müsse zwischen Berlin und Paris wählen. Die österreichische Sprache, seine Lage und der geistliche Menschenverstand wiesen auf eine deutsch-österreichische Zollunion hin. Das französische Gold und die französischen Seilengewebe wies den Weg nach Paris. Osterreich müsse selbst entscheiden. Eine weitere Gewährung von Krediten englischerseits würde einen schweren Schlag für die englischen Interessen bedeuten, die die Interessen des Zusammenbruchs Osterreichs nur hinauszögern würden.

### Die neue Außenpolitik Japans.

Verteidigung des neuen japanischen Kabinetts am 21. Mai?

Die japanische Telegraphenagentur Simbun-Mengum teilt mit, daß die Verhandlungen über die Umwidmung des japanischen Kabinetts am Freitag beendet worden sind. Das Kabinett werde am 21. Mai vereidigt werden und in einer besonderen Sitzung des Parlaments sein Programm vorlegen. Das Vertrauen für das kommende Kabinett soll nach Auffassung japanischer Kreise vollkommen gesichert sein.

Wie verlautet, werden jetzt die Richtlinien der neuen japanischen Außenpolitik durch eine Aussprache zwischen dem kommenden Ministerpräsidenten Suzuki und den japanischen Militärkreisen durchgearbeitet. Sie sollen sich von der Politik des bisherigen Kabinetts scharf unterscheiden.

In bezug auf die Mandchurei soll die Politik der eisernen Hand durchgeführt werden, während gegenüber Schanghai keine Änderung eintreten soll.

Was die Sowjetunion angeht, so solle keine wesentliche Änderung eintreten, doch können Veränderungen entstehen, wenn die Sowjetregierung Japan in der Mandchurei Schwierigkeiten bereiten sollte.

### „Do. X“ fliegt nach Europa.

Dreizehn Mann und eine Frau an Bord. Das deutsche Flugschiff „Do. X“ ist nach längerem Aufenthalt in Amerika vom Long-Island-Land nach St. Johns (Neufundland), der ersten Etappe des Atlantikfluges nach Deutschland, gefahren. Antonie Straßmann fliegt als erste Passagierin über den Atlantik und soll, wie es heißt, Schreiber des Reichswehrministeriums Walter an den Reichspräsidenten von Hindenburg und an den Berliner Oberbürgermeister Sobm mitführen.

Die Flugroute des „Do. X“

ist noch nicht ganz festgelegt. Es ist eine zweite Zwischenlandung in einem Hafen der Azoren vorgezogen.

### Auch der Völkerbund soll sparen!

Aussprache im Völkerbund über Einschränkungsmöglichkeiten.

Der Antrag der englischen Regierung auf grundlegende Ersparnismaßnahmen, Herabsetzung der Zahl und der Gehälter der Beamten beim Völkerbund gelangte im Völkerbundrat zur Verhandlung. Von französischer Seite sind Versuche im Gange, den englischen Vorschlag weitestgehend zu machen und jede Herabsetzung der Gehälter der Völkerbundbeamten zu verhindern. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, hat dem Völkerbundrat eine Denkschrift eingebracht, die nach ihrer Tendenz sich gegen die Einschränkung des Völkerbundbesatzes und die Herabsetzung der Gehälter der Völkerbundbeamten ausspricht.

Diesen Fragen wird in allen internationalen Kreisen grundsätzliche Bedeutung beigemessen, da weitgehende Sparmaßnahmen eng mit der gesamten Neorganisierung der politischen Leitung des Völkerbundsekretariats zusammenhängen und zwangsläufig zu einer Abschaffung der Generalsekretäre und damit der heutigen englisch-französischen Beherrschung des Völkerbundsekretariats führen müßten.

### Prinzenbesuch aus Arabien.

Emir Feisal in Berlin eingetroffen.

Deutschland hat Staatsbesuch aus dem Morgenlande bekommen. Der zweite Sohn des regierenden Königs Ibn Saud vom Schesjas und Nebish, Prinz Feisal, traf in einem holländischen Salonjagier in Berlin ein. Der Prinz macht im Auftrag seines Vaters Reich und die Hofhaltung Staatsbesuche in Europa, er war bereits in London, Paris, Bern und den Haag. Prinz Feisal, der gleichzeitig Vizikönig von Mecca und Außenminister vom Schesjas ist, wird dem Reichskanzler — in Vertretung des Reichspräsidenten — ein Handschreiben seines Vaters überbringen, in dem Ibn Saud seinen Freundschaftsvertrag für Deutschland und Arabien und die Hoffnungen auf die Hofhaltung auspricht, daß bald diplomatische Beziehungen ausgetauscht werden. Die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zum Schesjas fanden ihren ersten vertraglichen Ausdruck in einem Vertrag vom 6. April 1929.

### Erklärungen des neuen Memelgouverneurs.

Der neuernannte Gouverneur des Memelgebietes, Ghibs, gab Pressevertretern gegenüber Erklärungen ab. Seine erste Aufgabe werde es sein, unter den Nationalitäten und den Religionsgemeinschaften des Gebietes ein gutes Einvernehmen herzustellen, damit eine gedeihliche Zusammenarbeit möglich wäre. Es werde seine Aufgabe sein, im Einvernehmen mit der Zentralregierung an der Wiederherstellung ungestörter Beziehungen zwischen Litauen und Deutschland nach Kräften zu arbeiten. Das Memelgebiet müsse zwischen Deutschland und Litauen die verbindende Brücke sein. Die Richtlinien seiner Arbeit werden die Wünsche der memelländischen Bevölkerung bestimmen, sofern sich diese im Rahmen der Memelautonomie bewegen.

### Die „Georges Philipp“ wird belastet.

Nichtbeachtung der Feuerstillschließungen.

Englische Berichte aus Nordafrika, daß die Untersuchung über das Unglück des französischen Dampfers „Georges Philipp“ aufsehenerregende Enthüllungen bringen werde. Es werde sich zeigen, daß entgegen den Vorschriften keine Rettungsübungen und Feueralarmübungen stattgefunden hätten. Die Untersuchungen habe die Organisation zur Bekämpfung des Feuers nicht zufriedenstellend gearbeitet. Die Passagiere seien nicht gerettet worden.

Die deutschen Reisenden gerettet.

Auf dem in Brand geratenen Dampfer befanden sich drei (nicht, wie zuerst gemeldet worden war, zwei) Männer: der Passagier Salentin mit seiner Frau und ein Mann der Maschinenfabrik Augsburg-Münchener. Die Angehörigen dieser drei Deutschen haben nun ein Telegramm erhalten, aus dem hervorgeht, daß alle drei gerettet worden sind.

### Der Kapitän des Unglücksdampfers berichtet.

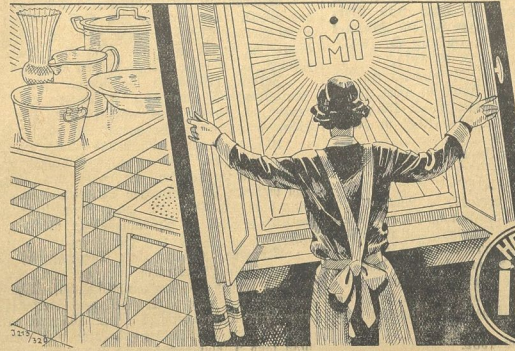
In Paris traf der Bericht des Kapitäns des verunglückten Schiffes „Georges Philipp“ ein, dem u. a. zu entnehmen ist, daß er als letzter das Schiff verlassen habe, als dieses ein einziges Flammmeer war. Es wurden insgesamt 689 Personen gerettet. In 767 Personen an Bord waren, scheint das Unglück 78 Todesopfer erfordert zu haben. Die Passagiere der D-Brücke des Unglücksdampfers sind im Feuer umgekommen. Es beficht noch die Möglichkeit, daß einzelne von Eingeborenen gerettet, später sich noch melden werden.

### Millionenschaden im Münsterland.

Minister Schiele sagt schmerzlich Hilfe der Reichsregierung zu. Das am Pfingstmontag nachmittag über dem Münsterland niedergegangene Unwetter vernichtete in dem 16.240 Morgen umfassenden Gebiet der Gemeinde Savitz bei 3850 Morgen Winterjaat. Die vorhandenen 30.000 Obstbäume haben zu 80 Prozent gelitten. Von den betroffenen landwirtschaftlichen Betrieben sind nur 17 gegen Schaden versichert gewesen. Eine ganz neue Zusammenfassung ergibt allein für die Gemeinde Savitz einen Ausfall an Winterjaat von 552.000 Mark und einen Ausfall bei den Obstbäumen, der mit 240.000 Mark angegeben wird, zusammen also einen Schaden von 792.000 Mark. Dazu kommen noch die nicht ziffermäßig nachzuweisenden Schäden durch Verschlimmung von Gärten, Zerstörung von Gebäudeschäden und Schäden an Gebäuden. Die betroffenen Schiele ist derart bedrückt, daß er dem Verbandsrat der landlichen Genossenschaften in Münster eine solche Gelegenheit, den durch das Unwetter schwer getroffenen Landwirten des Münsterlandes die herfristige Anteilnahme der Reichsregierung auszusprechen, wobei er die Versicherung ausgab, daß mit aller Verschleunigung Hilfe geschaffen werde. Die Reichsregierung werde in erster Linie dafür sorgen, daß die vernünftigen Helfer wieder bestellt werden könnten.



# Lass die Sonne in Dein Heim, mach mit **IMI** alles rein!



Machen Sie sich die unvergleichliche Reinigungskunst von **IMI** dienstbar. In Millionen Haushaltungen legt es täglich die Probe seiner fabelhaften Reinigungskraft ab. **IMI** ist nicht allein der großartige Helfer beim Geschirraufwaschen und Spülen, es ist das Universalreinigungsmittel von fast unvorstellbarer Leistungsfähigkeit. Schmier, Öl und Schmutz weichen im Nu, wo **IMI** wirkt. Dabei ist es in der Anwendung außerordentlich billig. Ein Eßlöffel **IMI** auf einen Eimer heißes Wasser genügt.



zum Aufwaschen, Spülen, Reinigen für Geschirr und alles Hausgerät!



Hergestellt in den Persilwerken.

## Für die heißen Tage!

### Sommer-Stoffe

Voiles, Waschseiden, Trachtenstoffe, Crepe Fleurerte, Marocains in den modernsten Mustern u. einfarb.

### Sommer-Kleider

Zefir, Indanthrên, Sport-Kleider, Voile-Kleider, Seiden-Kleider, Poloblußen, Hemdblusen

### Sport-Kleidung

Wander-Hemden, Wander-Hosen, Sporthemden, Wochenendhemden, Turnanzüge

### Bade-Artikel

Badeanzüge, Badehosen, Bademäntel, Badekappen, Badehandtücher

**Emil Bortfeld**



Sonntag von 3 Uhr ab:  
**Schießen,**  
verbund. mit Preis-schießen

Erfrischende  
**Getränke**  
für die heiße Jahreszeit!

Zitronenmoit  
Draugade  
Himberjaft  
Kirchjast  
Isole und in Flaschen  
Zrintabletten  
Selterwasser

**J. G. Fritzsche.**

Eintrittsblocks  
Garderobenblocks  
sind wieder vorrätig.  
Herm. Steinbeiß.

## Das ganze Schwein in Züchner-Dosen!

Zum Konservieren aller Lebensmittel, wie Wurst und Fleisch aus Hausflachtungen, Wild, Geflügel, Obst- und Gemüse jeder Art verwendet die Sparfame Hausfrau nur

garantiert festeste Züchner-Dosen.

Sie sind weit zuverlässiger und billiger als Einkochgläser und können immer wieder benutzt werden. Lieferung und Verschließen der Dosen durch:

**Karl Zoberbier, Klempnermeister,**  
Annaburg, Markt 17.

## 2 Wohnungen

mit Wasserleitung und Innenklosett zum 1. Juni oder Juli zu vermieten.  
**Otto Schröder,**  
Architekt, Schulstraße.

## 1 Bruchwiege

auf mehrere Jahre zu verpacken.  
**Frau Löhnig.**

## Hotel Waldschlößchen.

Sonntag, den 22. Mai:

**Nachmittag-Kaffee-Konzert**

von abends 8.30 Uhr ab:

◆ **Tanzkränzchen.** ◆

Eintritt 25 Pf. Tanz frei!  
Freundl. ladet ein **Hugo Fensch u. Frau.**

## Thams & Garfs Sonderangebot

Schneeweißes Rohschmalz . . . Pfd. 41 Pf. und 5 Proz. Rabatt!  
K-Margarine . . . Pfd. 33 Pf. und 5 Proz. Rabatt!  
L-Margarine . . . Pfd. 45 Pf. Hausmacher . . . Pfd. 60

|                               |                        |
|-------------------------------|------------------------|
| Pflaumenmus . . . . .         | Pfd. 34 Pf.            |
| Bohnen, weiß . . . . .        | Pfd. 15 Pf.            |
| Binsen . . . . .              | Pfd. 17                |
| Viktorias-Erbsen . . . . .    | Pfd. 17                |
| Grüne Erbsen . . . . .        | Pfd. 22                |
| Gefüllte Erbsen . . . . .     | Pfd. 28                |
| Milgäuer, Eimburger . . . . . | Pfd. 48                |
| Johannisbeers-Wein . . . . .  | l. r. nur 66           |
| Kaffee . . . . .              | 1/4 Pfd. von 50 Pf. an |

**Hamburger Kaffeelager**  
**Thams & Garfs**  
Zorgauer Straße 21.

## Cigarren der Serie Stadtgespräch

sind mit dem Begriff der höchsten Leistung untrennbar verbunden, da zur Herstellung nur gesunde, reife Tabake, die Qualität besitzen, Verwendung fanden. **Stadtgespräch-Cigarren** werden stets gleichbleibendes feines Aroma aufweisen und dies Moment ist die Grundlage bei der Wahl dieser Cigarren zur Hausmarke! Der Mann des feinen Geschmacks wählt das **Stadtgespräch**.

**Louis Hofmann.**  
Beachten Sie bitte mein Schaufenster!

**Zeniterglaspapier** empfiehlt **Herm. Steinbeiß.**

## Die Badezeit ist da!

Empfehle zu äußersten Preisen

### Bade-Anzüge

für Damen, Herren u. Kinder

Badehosen in schwarz u. rot

Badegürtel

Bademützen

Badeschuh

Badetücher in all. Größen

Badehandtücher

Bademäntel

Trottierstoffe für Mäntel

**Carl Quehl**

## Radio-Apparate

Telefunken und Blaupunkt!

Akku-Spulen, Röhren  
Anoden-Batterien  
Sockel, Litze  
Stecker, Schalter  
Listerklemmen  
Eierketten, Fassungen  
Säureprüfer  
Voltmeter  
Lautsprecher-Systeme  
Lichtnetz-Antennenstecker  
Elektro-Schalldose für Grammophon-Uebertragung  
Akku-Säure  
Destill. Wasser

**Akku-Ladestelle**  
**Fritz Rödler, Feruraf 253**

Portland-Zement  
Weißzement  
Dachpappe  
Leer, Klebemasse usw.  
alles frisch am Lager  
Feergeräte teilweise!  
**F. Krösch.**

## Durch Nagut-Rüdenfutter

zur rentablen Geflügelzucht!

Wir empfehlen:

**Nagut**  
Rüdenfutter  
Rüdenkefs  
Fütterhirse  
Bruchreis  
Fütterhaferflocken  
Fleischbroden  
Hundeflecken

**3. Käblich's Nachf.**  
Inhab.: Martha Müller,  
Mühlentstraße 40.

## Achtung!

Sämtliche  
**Munition**

für Schützen

hat wieder am Lager

**Fa. Th. Schünke Nachf.**

Vorschriftsmäßige  
Mietkündigungs-  
Formulare

hält vorrätig

**Herm. Steinbeiß,**  
Papierhandlung.

## Lichtspielhaus

\* (Neue Welt) \*

Heute Sonntag, Sonntag u. Montag 8 1/2 Uhr:

Das Ereignis dieser Woche:

Kammerjäger **Richard Tauber** in:

**Franz Lehár's Welterfolgsoperette**

„Das Land des Lächelns!“

unter persönlicher Mitwirkung v. **Franz Lehár.** Die Melodienfülle, die feisende Handlung, die pompöse Aufmachung sind von sinuierenden Reizen und machen diesen Film zum unauflöslichen Erlebnis. „Zehn ist mein ganzes Herz“ wird es ab heute von der Leinwand läsen und Tauber wird auch hier wie überall dankbare Herzen dafür ernten.

Hierzu ein reichhaltiges Vorprogramm

Sonntag nachm. 3 Uhr: **Kinder-Vorstellung**

mit vollständigem Tonprogramm.

**Riesen-**  
**Matjes-Heringe**

Sid. 20 Pf., empfiehlt  
**J. G. Fritzsche.**

**Stocknägel**

empfiehlt  
**Herm. Steinbeiß,**

empfiehlt die Buchdruckerei

**Wiesen-Verpachtung.**

Die Grasnutzung der neu angelegten Wiesen von Gertrudshof bei Annaburg soll am **Mittwoch, den 25. Mai 1932, 10 Uhr vormittags**, öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen werden vor dem Termin bekanntgegeben.  
Zerspannk.: Alte Schweiniger Straße, am sogenannten Fortwiesengang.  
**Die Gutsverwaltung Gertrudshof.**

Redaktion, Druck und Verlag von **Herm. Steinbeiß, Annaburg**

Nah und Fern

Tragischer Selbstmord eines unglücklichen Vaters. In seiner Wohnung in Berlin-Charlottenburg wurde der Kaufmann Max Wertheim von Angehörigen erdolcht...

Die Bahnschranke! Das Fuhrwerk eines Landwirts wurde von einem Personenzug auf der Strecke Nemmelt-Griesbad erfasst und zerrümmert.

Zwei Verletzte bei einem Großfeuer. In Rosenberga (Oberhessen) wurden beim Brande einer Schmiede zehn Bürger, die sich an den Löscharbeiten beteiligten, und zwei Polizeibeamte verletzt.

Erfollos, weil er ohne Sicht fuhr. Aus Naden wird berichtet: Auf holländischen Gebiete auf der Landstraße bei Grentsbicht wollte ein Gen darm ein Bergmann anhalten...

Mitgliedschaft des französischen Kriegsministers. Der französische Kriegsminister Marius Mouton ist in London an Bord eines dreimotorigen Militärflugzeuges aufgestiegen...

Witzige Tote bei der Explosion einer Dynamitpatrone. In Warschau fanden Sitten in der Nähe einer Eisenbahnbrücke eine größere Dynamitpatrone, die explodiert...

32 Arbeiter verhaftet. Zweihundertfünfzig Arbeiter sind einem Tunnelbau in Chile zum Opfer gefallen. Ein neuer Tunnel in den Anden fürzte zum Teil ein und sperrte die Arbeiter ab.

Mitgliederliste für die NSDAP. Die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat sämtliche Reichsteile der Partei angeordnet, eine Mitgliederliste für die NSDAP mehr anzunehmen.

Dreifacher Mord und Selbstmord. Königsberg. An dem sibirischen Sibirischen Reichstag hat sich eine engeleiche Familie in a g a b e zugetragen. Die Frau eines Badermeisters vergiftete sich und ihre drei Kinder im Alter von 9 bis 16 Jahren mit Gas.

Die wegen gemeinschaftlicher einfacher Körperverletzung an dem Reichstagsabgeordneten W e l s und dem Reichspräsidenten Strauß verurteilten Nationalsozialisten, Reichstagsabgeordneter Dr. Koch und Kraftfahrer Koch, haben gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Heinrich Seeliger beginnt seinen 70. Geburtstagstag. Dr. Seeliger, der in Eckonau in Baden als Sohn eines Landwirts geboren wurde, hat den weitaus größten Teil seines Lebens der hannoverschen Landwirtschaft gewidmet.

Basitan leidet Enzephala in deutscher Überetzung. Rom. Der Basitaner wird Mittwoch um 20.20 Uhr abg. an Stelle 50,26 einen Ausflug aus der neu angelegten Enzephala nach Rom...

Wostau. Auf dem Fluss Kura im Kaukasus wurde eine dichtbesetzte Fährde, die von drei Schreibern Arbeitern zum Überqueren des Flusses benutz wurde, von dem durch Hochwasser fast angefüllten Strom abgetrieben und zertrümmert.

Kopenhagen. Ein erschütterndes Familiendrama spielte sich in der Nähe des jütischen Seebades V a r d e ab. In einer Arbeiterfamilie war das neunte Kind getötet worden.

Montreal. Ein Mietsoldatenband in Kanada. Die Soldaten in der kanadischen Armee und United sowie 40 Häuser in Montreal, 35 Kilometer nördlich von Quebec, 500 Familien im obachtlos. 600 Personen verließen den Stand einzeln.

Wien. Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Die deutsche Regierung hat in dem seit vielen Jahren vor dem Völkerbundrat schwebenden Klageverfahren des Fürsten Pleß gegen die polnische Regierung den entscheidenden Schritt unternommen.

Das Schicksal spricht das letzte Wort

(14. Fortsetzung.)

Ulla Setterholm lag gegen den Gobelien zurückgelehnt und streichelte noch immer Geelins Hände. Das Mädchen weinte leise vor sich hin. 'Allo wirklich, Kind, die Sache mit dem Lippsdahl braucht dir gar nicht so zu herzen zu gehen. Das ist ja direkt laßhaft. Man möcht schon meinen, deine Mutter hätte ein Kapitalverbrechen begangen, weil sie dich noch einmal Bruder das Ja vor dem Altar gegeben hat. Ich möcht wissen, was schon dabei ist!'

Geelins Hände lagen verärgelt auf dem Rand des Tisches. 'Von alledem hab ich nichts gewußt. Und jetzt begreife ich auch, warum Mama so ischeu ist, wenn sie mit Lutz spricht.

Aber Tante! — der gelinde Egoismus ihrer achtzehn Jahre

brach sich bereits wieder Bahn. — Ich liebe nicht ein, warum auch ich noch dafür hüßen soll. 'Da hast recht, Kind, das ist verrückt. Ja... ' Sie wollte sagen: Da ist Lutz dahinter. Aber das konnte unter Umständen äußerst gefährlich sein. Es war nicht gut, den einen Teil gegen den anderen aufzureizen, noch dazu, wo es sich um Ehegatten handelte, deren Vermögen überdies zu gleichen Anteilen im Geschäft steckte. Es wäre möglich, daß man eine Katastrophe heraufbeschwörte, deren Ausgang nicht abzusehen war. Man mußte die Lippe schon umgehen und Lutz aus dem Spiele lassen. Vielleicht gab sich Gelegenheit, daß man einmal unter vier Augen mit ihm sprach. Dann wollte sie aber mit ihrer Meinung nicht zurückhaken.

Vorläufig blieb es einziges, daß man Eve vertrießte und seine Vermittlung in Aussicht stellte. Und das hat Ulla denn auch, und während sie den blonden Kopf zärtlich an ihre Brust nahm, sagte sie vertrauensvoll: 'Wirst sehen, Kind, das wird noch alles recht! Das Liebespaar möcht ich wissen, bei dem das Hochzeitsmahl ganz glatt geht. Da kommen noch ganz andere Sachen vor. Da ist deine Sorg noch gar nicht. Und wenn zwei noch so lieb sind und wann die ganze Verwandtschaft ja in einem Lager, dann müßte man sich nicht treiben können. Is ja eh gar net wert, das bisserl Lutz, daß man sich so hinunterwürft. Und die Gieb erst! Kinder, was die erschrockenen Augen der Nichte und frisch lächelnd über deren leibende Lächeln. 'Ich sag net mehr, Coert! Wär aber deren leibende Lächeln. 'Mit zwanzig nicht ja doch umsonst! Es glaub's nicht! 'Mit zwanzig nicht mit dreißig noch weniger, denn da is ma womöglich noch viel dümmmer. Und wann man vierzig is — war't net man doch und wann du einen fragst, der ein halbes Jahrhundert auf dem Buckl trägt oder zehn Jahre mehr, er sagt ja, wann die Gieb anfrucht! 'Sch hab's ja auch erfahrt!'

Die fragenden Augen des jungen Mädchens erhielten keine Antwort, denn ein ameritanischer Ruffschrei, der sich durch Ullis abblott nicht hatte abweisen lassen, drang ins Aelster und begrüßte die Professorin mit polternder Stimme. 'Es empfahl sich mit einer Haat, die Ulla ein Lächeln abdrückte. Sie begleitete die Nichte bis an die Türe des Korridors und küßte sie noch einmal auf die Wangen. 'Allo Mut, Kindert, ja? — Ich bist dir schon! Und deinen Vektor schickt

du mir. Es ist doch besser, ihr trefft euch bei mir heroben, als so anders.'

'Sagte, wie gut du bist! 'Alles Hände küßten sich mit Küßchen bedeckt.

Ein Zwimmeten nach, das verhallen Geelins Schritte die Treppe hinab. Sie hatten einen Klang, als hüßte Freude und Hoffen mit ihnen in den sonnigen Vormittag.

Als Lutz Setterholm die Treppe des Grand-hotels in Hamburg herabkam, sah er 'Sie' stehen. Es trug ein Kleid aus lichtgrüner Crepe de Chine mit Melmen, die in zitronenfarbenen Clifton leuchteten. Vom Gesicht erblühte er nur das Profil. Aber das genügte. Dem Bronzetaue nach war sie eine Javanerin. Aber als sie sich dann herumwandte, fand er persisch!

Sie bemerkte es, ohne irgendwelche Notiz davon zu nehmen. Weder lächelte sie, noch zeigte sich Unwillen auf ihren Zügen. Sie schien derlei gehört zu sein.

Der Direktor, mit dem sie sprach, hörte ihr aufmerksam zu. Obwohl sie endlich auf ihn einredete, verstand Lutz jedes Wort. 'Ich möcht ein anderes Appartement haben. Es ist mir zu laut. Ich kann nicht schlafen, wenn ich Lärm von der Straße her habe. Zudem ist nachts immer die Störung mit dem Wasserhahn. Er trost!'

'Nod immer, Gnädigste!'

'Nod immer, ja! ' Sie stampfte leicht mit dem brotlofschlechten Fuße auf.

Der Direktor wagte eine Entgegnung auszusprechen. 'Das kann aber unmöglich bis in das Schlafzimmer der Gnädigsten zu hören sein!'

'Doch, es ist zu hören! ' Noch einmal stampfte die dünne Sohle des fabelhaft kleinen Schuhs auf den Teppich. Lutz lag deutlich das ungeduldige Schillern in den meergrienen Augen. 'Es trost! Bassal und ich höre es! Und noch einmal sofalls, war beutlich in dem schinen Gesicht zu lesen.

Sintie sich hörte er einen Schritt und trat einige Zentimeter zur Seite, um den Herrn vorüberzulassen, der eben die Treppe passierte. Diele Serie Mann konnte nur zu ihrer Gattung Frau gehören. Auf beiden Gesichtern lag dieser keine Bronzetaue, der wie Patina wirkte.

(Fortsetzung folgt.)



# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

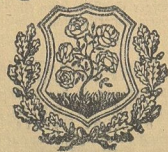
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Bestellungen nehmen alle Postämter und die Besteller, die Zeitungsaboten und die Geschäftsstelle Drogauerstr. 3, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsführung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Ämtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb des Rahmens 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig, Umhänge-, Schwärzer- und tabellarischer Satz mit Aufschlag. Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher eingelesen.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbeshalle.

Nr. 61.

Sonnabend, den 21. Mai 1932.

35. Jahrg.

## Die neue Beschäftigtensteuer — Reichstags-Einberufung abgelehnt

Kriksensteuer bleibt in der alten Form — Daneben Beschäftigtensteuer auch für die Beamten  
Unterstützungsdauer bei der Arbeitslosen-Versicherung herabgesetzt

### Vor den neuen Notverordnungen.

Das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Die Beratungen der Reichsregierung über das Finanz- und Wirtschaftsprogramm, das demnächst durch Notverordnungen in die Tat umgesetzt werden soll, gehen jetzt dem Ende entgegen. Im Reichsfinanzministerium und im Reichsarbeitsministerium hat bereits die Ausarbeitung der Vorlagen begonnen, deren Grundzüge das Reichskabinett in seinen Beschlüssen über das Finanz- und Sozialprogramm gebilligt hat.

Die Verlängerung der Kriksensteuer, die bis zum 31. Dezember befristet war und bis 31. März 1933 verlängert wird, soll einen Mehrertrag von 45 Millionen Mark erbringen. Da dieser Betrag zur Deckung der Kosten der Arbeitslosenversicherung nicht ausreicht, kommt die Beschäftigtensteuer zur Erhebung ebenfalls über die Krankenkassen vorgenommen werden. Der Ertrag der Beschäftigtensteuer für Zwecke der Arbeitslosenversicherung wird auf 300 Millionen Mark geschätzt.

### Die Änderung der Arbeitslosenversicherung.

Die Auswirkungen der von der Reichsregierung beschlossenen Verlängerung der Arbeitslosenversicherungsdauer werden voraussichtlich darin liegen, daß die Erwerbslosen in Zukunft statt nach 20 Wochen bereits nach 13 oder 16 Wochen der Arbeitslosenversicherung unterworfen werden, was dann für sie eine Verlängerung der Leistungen, nämlich den Betrag der Arbeitslosenversicherung, bedeutet. Für die daraus resultierende höhere Belastung der Gemeinden sind Sonderumlagen an die Gemeinden beabsichtigt. In welcher Form das geschehen wird, steht noch nicht fest. Es besteht die Möglichkeit, daß die Beiträge des Reichs und der Gemeinden zur Arbeitslosenversicherung, die jetzt vier Fünftel bzw. ein Fünftel betragen, anders aufgeteilt werden, oder daß man den Gemeinden eine bestimmte Zuzahlung aus Reichsmitteln gibt. Die Unterstützungsdauer der Arbeitslosenversicherung werden aller Wahrscheinlichkeit nach nicht weiter abgeändert.

Bei der Heranziehung der Beamten zur Kriksensteuer handelt es sich um eine neue Belastung der Beamtenschaft, da die bisher vorgenommenen Gebührensatzungen in vollem Umfang außer Kraft treten werden. Mit den Fragen der Umwälzung, Unfall- und Invalidenversicherung wird sich das Reichskabinett erst am Sonnabend befassen. Die Frage der Prämienanteile hat bei den letzten Beratungen im Kabinett noch keine Rolle gespielt. Es ist noch vollkommen offen, ob das Kabinett die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums wegen der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung annehmen wird.

### Ein Protest der Oberen Beamten.

Der Reichsbund der Oberen Beamten hat an den Reichskanzler ein Telegramm geschickt, in dem zu den Gerichten über bevorstehende Beamtengebührensatzungen erklärt wird, daß solche Absichten der Reichsregierung in unvereinbarem Widerspruch mit ihren vor den Wählern abgegebenen Erklärungen stehen würden und die Regierung unter der Beamtenchaft in einer Weise steuern, die ernste Befürchtungen rechtfertige.

### Wieder Ablehnung der Reichstags-Einberufung.

Die von der deutschnationalen Reichstagsfraktion für den 24. Mai beantragte Einberufung des Reichstages ist, obwohl sie von den Nationalsozialisten und den Kommunisten unterstützt wurde, vom Reichspräsidenten wiederum abgelehnt worden. Der Reichspräsident bleibt bei der Auffassung, daß Artikel 24 der Reichsver-

fassung keine Anwendung finden kann, weil der Tagungsabschnitt des Reichstages nicht geschlossen, sondern der Reichstag nur verlagert worden ist.

Nach Artikel 24 muß der Reichstag einberufen werden, wenn ein Drittel sämtlicher Abgeordneter es verlangt. Die jetzigen Antragsteller bilden zwar ein Drittel des Reichstages, aber nicht die Mehrheit, die nach Auffassung des Reichspräsidenten für die Einberufung erforderlich ist.

Nationalsozialisten und deutschnationale beabsichtigen, den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzurufen, um eine Entscheidung in dieser Frage herbeizuführen. Eine solche Entscheidung könnte jedoch kaum vor dem 6. Juni, an dem der Reichstag wieder zusammentritt, ergehen.

### Die Arbeiten des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett setzte seine Beratungen über die Finanz-, Wirtschafts- und sozialen Fragen weiter fort. Die Beratungen wurden nach kurzer Zeit ausgesetzt, um am Freitagabend fortgesetzt zu werden. In unternommenen Kreisen rechnet man nunmehr damit, daß die Gesamtberatungen des Reichskabinetts Mitte bis Ende der nächsten Woche abgeschlossen sind, da nach der Vereinigung der mit den sozialen Haushalten zusammenhängenden Fragen die Klärung der weiteren Fragen des Reichshaushalts und der Arbeitsbeschaffung verhältnismäßig schnell vonstatten gehen dürfte.

Es dürfte nunmehr feststehen, daß eine Verhinderung der Arbeitslosenversicherung nicht erforderlich ist, sondern lediglich eine gewisse Angleichung der Kriksensteuer an die Arbeitslosenversicherung. Es dürfte in beiden die Notwendigkeit herausgestellt haben, die Unterstützungsdauer zu verkürzen.

Es scheint an eine Herabsetzung der Unterstützungsdauer auf je 16, nach anderer Ansicht auf je 13 Wochen, gegangen zu sein.

Zum Ausgleich der Mehrbeträge in den Gemeindefinanzen dürfte man weiter an die Verkleinerung der Bürgersteuer denken, um die Unterstützungswohlfahrtsverbände sicherzustellen. Im weiteren nahmen zur Ausgliederung der Sozialausgaben durch eine Kürzung der Invalidenrenten und eine Einbeziehung sämtlicher Festbesoldung, also auch Beamten, in die Kriksensteuer Gedacht sein.

Eine Entscheidung ist jedoch in allen diesen Punkten nicht getroffen. Zeit steht lediglich, daß die Durchführung der Beschäftigtensteuer für die Arbeitslosenversicherung und die Kriksensteuer abgelehnt worden.

Nach Abschluß der Kabinettsberatungen wird Reichskanzler dem Reichspräsidenten Bericht erstatten. Bis zu diesem Zeitpunkt sind anheimelnd auch alle Sonderfragen des Kabinetts verlagert. Man rechnet, daß das Reichswehrministerium förmlich mit General Götter und das Reichsfinanzministerium förmlich mit Dr. Goebel beauftragt wird. Es scheint nicht ausgeschlossen zu sein, daß alle weiteren Fragen der Kabinettsbildung bis nach Abschluß der Konferenz von Lausanne verlagert werden.

### Zugung der Preußenfraktion der NSDAP.

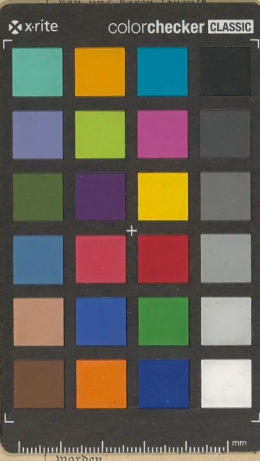
In Anwesenheit Hitlers.

Als erste der fünf Fraktionen des Preussischen Landtages versammelte sich die nationalsozialistische Fraktion. Sie war fast in ihrer vollen Stärke von 162 Mitgliedern erschienen. Nach Entgegennahme der Anwesenheitsliste begab sich die Fraktion nach einem der nahe gelegenen Hotel, um dort den Parteiführer Adolf Hitler zu begrüßen. Hitler erschien in Begleitung des Fraktionsführers Dr. Hübe sowie der Reichstagsabgeordneten Dr. Goebels und Goering. Er gab der Fraktion die politischen Richtlinien für die nächste Zeit bekannt. Sitzungen der übrigen Fraktionen folgen in den nächsten Tagen. Das Zentrum hat vorläufig gleich drei nacheinander folgende Sitzungen anberaumt.

Die Nationalsozialisten werden mit allen Mitteln versuchen, die Wahl ihres Kandidaten Kersch zum Landtagspräsidenten durchzusetzen. Er ist Justizoberrentmeister und gehört schon seit 1928 dem Landtage an; besonders rühmend wird ihm nachgesagt, daß er als einziger der alten nationalsozialistischen Abgeordneten noch nie einen Ordnungsruf erhalten hat.

Dem „Marxist“ zufolge äußert sich der Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, Abg. Hübe, im „Nationalsozialistischen Preussischen Pressedienst“ über die dringenden Aufgaben des neuen Preussischen Landtages folgendermaßen: „Der neue Landtag hat außerordentlich bedeutungsvolle Aufgaben zu lösen. Im Vordergrund steht nicht — wie man es von gewisser Seite nachsagen will — die Regelung der preussischen Finanzen, sondern die Regelung des deutschen Rechts in Preußen und die Säuberung der Verwaltung und der Polizei sowie der Schule von unangehörigen Elementen.“ Hübe kündigt weiter einen Untersuchungsausschuß für die preussische Justiz an, vor dem auch die Jenseitigkeit wieder aufgerollt werden sollen. Er sagte u. a.:

Wir wollen dem Zentrum endlich einmal die Lerne vom Gesicht reifen bezüglich seines so genannten Rechtsgefühl. Die Herren haben seit dem 24. April angehängt der veränderten politischen Lage in Preußen nichts von sich hören lassen; sie wollen also mit der Sozialdemokratie des Herrn Heilmann weiterregieren. Jetzt werden wir



### über die Fraktions-SDAP.

Die preussische Landtagsfraktion der nationalsozialistischen Partei hat sich in dem es u. a. die aktuellen Fragen der Partei führte dann u. a. aus: ung hat nicht 13 Jahre heutigen Reichslands in Preußen. Sie ist sich der Millionen Wähler bewußt, es wird. Der Kampf wird zu bestehen oder um jeden streiten. Gegenüber den politischen Gegner ist zu zur Prüfung unserer Kund außer uns selbst nicht

weiter, die NSDAP, wird herangezogen werden lassen, daß wir die Verden ver-

Fraktionsvorsitzenden Hübe Stellvertreter Abgeordneter der Fraktion liegt in der Halle. Dem 13 Mitglied der Reichstagsfraktion a. D. Schulz an. Die den 24. Mai anberaumt werden.

### Hitlers Richtlinien für Preußen.

Die Richtlinien, die der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, über die nationalsozialistische Politik vor den Mitgliedern der neuen Landtagsfraktion in Preußen bekanntgab, haben in der politischen Öffentlichkeit höchste Beachtung gefunden. Die Germania, das Berliner Blatt der Zentrumspartei, die ja vor allem für die Fraktion in Frage kommt, entnimmt diesen Richtlinien, daß die nationalsozialistische Bewegung offenbar nicht gewillt sei, in irgendeiner Regierungscoalition einzutreten. Wenn die NSDAP eine Koalition nicht eingehen wolle, dann werde sie allein die Verantwortung für diese Schlussfolgerung, die sie aus der Wahl vom 24. April zieht, zu tragen haben. Das Zentrum könne getrost weiter abwarten.